

blickpunkt

Nr. 279
März 1994

ZEITUNG DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI MÖRFELDEN-WALLDORF

Ist das Drehen an der Gebührenschaube die Lösung?

Im letzten "blickpunkt" wurde die Meinung vertreten, daß privatisieren von städtischem Eigentum bzw. städtischen Einrichtungen nicht die Lösung sein kann, um den Konkurs von der Stadt abzuwenden. Die zweite, oft auch in dieser Stadt praktizierte Variante über kostendeckende Gebühren die Stadtkasse zu sanieren, kann ebenfalls von einem Kommunalpolitiker, der nicht nur in Buchhaltermentalität auf einen ausgeglichenen Haushalt achtet, nicht akzeptiert werden.

In einer Zeit der Null- bzw. Minusrunden und spürbarer realer Einkommensverluste bei den Berufstätigen und Rentnern, in einer Zeit wachsender Arbeitslosigkeit und vermehrtem Abgleiten in den Kreis der Sozialhilfeempfänger und Obdachlosen, darf nicht weiterhin an der Gebührenschaube gedreht werden. Jetzt ist es an der Zeit, daß einer Abwälzpolitik, angefangen in Bonn über Länder und Landkreise, Widerstand entgegengesetzt wird. Solange noch in Bonn Milliarden für abenteuerliche militärische Aktionen (Somalia) bzw. Planungen (Eurofighter 2000) ausgegeben werden und die Absahner in Politik und Wirtschaft noch freien Lauf haben, müssen

weitere Belastungen der Bevölkerung gestoppt werden. Immer mehr Bürger unseres Landes denken hierüber nach und meinen, bis hierher und nicht weiter. Im Jahr der Wahlen muß sich diese Haltung noch mehr artikulieren, auch gegenüber den Verantwortlichen in den Rathäusern.

Auch in unserer Stadt wurden in den letzten Tagen den Stadtverordneten Vorlagen unterbreitet, die neue Gebühren- oder Eintrittspreiserhöhungen vorsehen. Erster Stadtrat und Stadtkämmerer Vorndran, hat sich folgende Erhöhungen bereits im Magistrat absegnen lassen:

1. Eintrittspreise Waldschwimmbad:
Bis auf die Einzelkarten sollen sich alle Preise um 20 % erhöhen. Z.B. die Familien-Dauerkarte von DM 100,- auf DM 120,-. Die 20er Karte soll abgeschafft werden.
2. Badesees Walldorf:
Erstmals sollen auch hier Eintrittspreise erhoben werden - z.B. Erwachsenen-Einzelkarte DM 2,50 - Dauerkarte DM 40,-.

3. Städtische Grillplätze in Walldorf und Mörfelden:
Erstmals soll eine Nutzungsgebühr von DM 30,- für Gruppen erhoben werden. (Vereine, Schulen, Gruppen und Familien aus Mörfelden-Walldorf gebührenfrei.)

4. Eintrittspreise für Kulturveranstaltungen:
Alle Preise sollen um bis zu 114 % erhöht werden, zum Teil von 7,- auf 15,- DM für Erwachsene und von 3,- auf 5,- DM für Kinder (Kindertheater)

5. Vermietung stadteigener Räume und der Kegelbahnen (Bürgerhaus, Stadthalle und Waldenserhof)
Preissteigerungen ca. 50 %.

Abschließend muß noch an vier weitere Gebührenerhöhungen erinnert werden die zum Teil schon beschlossen sind, oder noch auf den Tischen der Stadtverordneten liegen.

Es sind:

- a) Kinderkrippen-, Kindergarten- und Hortgebühren um bis zu 100 %.
Essensgeld in den Einrichtungen dto.
- b) Friedhofsgebühren zwischen 50 % und 400 %.
- c) Müllgebühren bis zu 100 %.
- d) Abwassergebühren bis zu 38 %.

Die Fraktion der DKP/OL macht diese ständigen Erhöhungen nicht mit. Es wäre gut, wenn die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt uns in dieser Frage unterstützen würden. Heinz Hechler

DISKUSSION

Altes Rathaus

Das "alte Rathaus" in Mörfelden ist wieder voll in der Diskussion.

Die "Kulturinitiative" schreibt dazu: "Das Alte Rathaus steht nunmehr seit drei Jahren leer, obwohl ein Beschluß der Stadtverordneten die Nutzung des Gebäudes als Kombination aus Kultur-Café und Buchhandlung vorsieht. Die Umsetzung der Parlamentsentscheidung ließ bisher auf sich warten, da sie - als letzte Hürde - von einem Landeszuschuß für den Umbau des Alten Rathauses abhängig gemacht worden war. Die Bewilligung der Landesmittel in Höhe von ca. 670.000.- DM liegt der Stadt nun seit Anfang des Jahres vor. Ebenso die Baugenehmigung. Nun könnte der Umbau eigentlich beginnen - oder ?

Seelenverkäufer

Am liebsten würden sie alles verschauern, die "Schwarzen". In der "Ehemaligen", kriegen die Fürsten "ihr" Land zurück - Post und Bahn, Straßen und Brücken - alles wird gerade verscherbelt. Wer zum Schluß die Zeche bezahlt, wird sich schnell zeigen.

Nun gewinnen die Seelenverkäufer auch hier an Boden - und schon hört man Vorschläge, wie: "altes Rathaus verkaufen" - es sei doch ein "Filetstück".

Na also, Filetstück, man darf sich's auf der Zunge zergehen lassen. Verräterische Ausdrücke.

Da kommt so ein Hugo daher und will den Mörfeldern ihr altes Rathaus an irgendwelche kapitalträchtige Profithandel verramschen. Es ist nicht zu fassen!

Sollte man zumindest annehmen können...

Doch plötzlich branden in Zusammenhang mit der Verabschiedung des Jahreshaushalts 1994 erneute Diskussionen zur Nutzung des Alten Rathauses auf.

Wird das Projekt In Frage gestellt, obwohl die Mehrheit im Stadtparlament weiterhin ihr Interesse am Kultur-Café bekundet?

Die Kulturinitiative Mörfelden-Walldorf, ein Zusammenschluß kulturinteressierter Bürger unserer Stadt, engagiert sich seit ihrer Gründung im Jahre 1991 für eine Nutzung des Alten Rathauses als zentralen, kulturellen Treffpunkt in Form eines Kultur-Cafés.

Nachdem nun alle Hürden zur Einrichtung eines Kultur-Cafés genommen sind, fragen wir uns natürlich, aus welchem Grund die Diskussion wieder von vorne beginnt?

Fehlt das politische Stehvermögen unserer Stadtoberen zu einstmals gefaßten Beschlüssen?

Soll das Gebäude weitere drei Jahre leerstehen und somit Geld kosten?

Oder mangelt es einfach nur am allseits bekundeten Kulturverständnis unserer Parlamentarier?

Wir, die Kulturinitiative, sind der Überzeugung, daß diese erneute Diskussion nur schädlich für das kulturelle Leben - sofern dieses stattfindet - unserer Stadt ist und fordern unsere Politiker dazu auf, ihre eigenen Beschlüsse nun in die Tat umzusetzen."

Aus dem Stadtparlament

In der letzten Sitzung des Stadtparlamentes war deutlich zu spüren, daß der Wahlkampf für das diesjährige "Superwahljahr" auch in Mörfelden-Walldorf an Schärfe zunimmt. Insbesondere die Bürgermeisterwahl im Jahr 1995 wirft ihre Schatten voraus. Bei der Diskussion um bisher nicht ausgeführte Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung kam es zu einem heftigen Wortwechsel zwischen dem CDU-Fraktionsvorsitzenden Jung und dem Bürgermeister. Teil-

weise glich diese Auseinandersetzung einem billigen Hahnenkampf. Vor allem das Auftreten des CDU-Sprechers konnte man nur als verbiestert und böseartig bezeichnen.

Allerdings, gibt es jedoch auch genügend Beschlüsse, die einfach nicht ausgeführt werden. Vermutlich liegen sie in den Schubladen des Bürgermeisters. Papier ist eben geduldig. Die Wortgefechte nahmen sehr viel Zeit in Anspruch, daher kamen einige Anträge erneut nicht zur Abstimmung. Beispielsweise die Anträge der DKP/OL und der Fraktion Die Grünen zum Thema Flughafenenerweiterung. Einige Parlamentsinitiativen der DKP/OL konnten aber beschlossen werden: Am Altehilfezentrum werden jetzt endlich zwei Behindertenparkplätze eingerichtet und im Bereich des Therapeutikums wird es ein eingeschränktes Halteverbot geben. Weitere Pkw-Parkplätze im Bereich Altes Rathaus/Polizeistation Mörfelden werden als Kurzzeitparkplätze ausgewiesen. Ein Dringlichkeitsantrag der DKP/OL zur Mittelbereitstellung für die Hortfreizeit der Kita VII wurde mit anderen Maßnahmen in ein Gesamtpaket "Soziales" aufgenommen. Ebenfalls lagen die Antworten auf zwei Anfragen der DKP/OL Fraktion vor. Die Antworten lassen aber weiterhin einige Fragen offen. Nicht beantworten konnte das Stadtplanungs- und -bauamt, ob durch die Installation von leistungsstarken Antennen im Stadtgebiet eine Gesundheitsgefährdung durch "Elektromog" ausgeht. Bezüglich der Anfrage zum Stand der Planungen Querspange/Wageninger Straße teilte man mit, daß eine fertiggestellte Bauausführungsplanung vorliegt. Die Baukosten des gesamten Projektes werden sich aus ca. 9,3 Mill. DM belaufen. Auf die Stadt Mörfelden-Walldorf entfallen dann 50% der Gesamtkosten. Ein Bewilligungsbescheid des Landes zur Bezuschussung des Straßenbauprojektes liegt noch nicht vor. Eine mögliche Baukostenbeteiligung durch die Deutsche Bundesbahn ist nicht zu erwarten. Soweit die Antworten. Auf die Auswirkungen hinsichtlich zusätzlicher Belastungen für die Anlieger und der Zunahme des Autoverkehrs werden wir zurückkommen.

Helga Fritz

Wer klaut der Oma die Rente?

Die Rente ist nicht sicher. Es wird Anfang des nächsten Jahrhunderts nur noch eine Grundsicherung geben, heißt es. Ansonsten soll sich jeder privat absichern.

Woran liegt das?

Arbeitsplatzvernichter gefährden die Renten

Heute werden fast in jedem Monat Hunderttausende Arbeitsplätze vernichtet. Es gibt rund sechs Millionen Arbeitslose im Lande. Rationalisierung und schlanke Produktion, dazu die normale Krise des kapitalistischen Systems - wo sollen da genügend Beiträge in die Rentenkassen kommen? Mit anderen Worten: Weil dieses System in der Krise ist, weil die Konzerne für ihre Gewinne Arbeitsplätze vernichten, geraten die Renten in Gefahr, denn Millionen zahlen nichts mehr oder entsprechend weniger in die Kassen. Und das ist keine vorübergehende Erscheinung, dieses System produziert auch in Zukunft profitabel mit wenigen Menschen. Und das gefährdet nicht allein die Renten von morgen und übermorgen, auch die Renten von heute werden damit unsicher.

Lohndrücker gefährden die Renten

Jedes Prozent mehr Lohn und Gehalt bringt Beiträge in Milliardenhöhe in die Rentenkassen. Anders herum: Um jedes Prozent, um das in den Tarifverträgen die Lohn- und Gehaltsforderungen der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften gedrückt werden werden auch die Rentenkassen geschwächt.

Wenn jetzt also Nullrunden durchgesetzt werden, wenn gar von "Minusrunden", also von Lohn- und Gehaltsenkungen die Rede ist, dann trocknet das auch die Rentenkassen aus, reißt Milliardenlöcher in die Sicherheit der älteren Menschen im Lande. Und auch das nicht erst morgen und übermorgen: Bereits in diesem Jahr wird die Rentenangleichung unter dem Preisanstieg liegen. Im nächsten Jahr werden die Rentnerinnen und Rentner Minus auf ihren

Konten haben. "Minusrunden" für die Alten im Lande, die Zeit ihres Lebens geschuftet haben

Und für die Renten der Zukunft wirkt sich die Ausplünderung der Rentenkassen verheerend aus.

Kinderfeindlichkeit gefährdet die Renten

Massenarbeitslosigkeit, unsichere Arbeitsplätze und damit eine unsichere soziale Zukunft verunsichern auch junge Ehepaare und erzwingen geradezu Kinderlosigkeit. Die Streichung im sozialen Bereich fördert diese negative Entwicklung. Wohnungsnot und hohe und ständig steigende Mieten erlauben es jungen Ehepaaren nicht, an mehr Kinder zu denken. Weil sie mit ihnen nicht wohnen und leben können. Wenn nicht nur Kindergartenversprechungen gebrochen, sondern außerdem vorhandene Einrichtungen aus finanziellen Gründen auch noch vernichtet werden, dann zwingt das Eltern, die um ihre Existenz kämpfen, zum Verzicht auf Kinder oder mehr Kinder. Und schließlich: Unter den über sieben Millionen Armen im Lande stellen einen hohen Anteil die alleinerziehenden Mütter und die kinderreichen Familien. Vom in dieser Gesellschaft geringen "Sozialprestige" der Kinderreichen ganz abgesehen. Die mittelalterliche Lösung mit dem § 218 ändert daran nichts. Auch nicht das ständige Gerede vom Segen eines Kinderreichtums. Die wahren Gründe: Die offizielle Kinderfeindlichkeit in der Bundesrepublik senkt die Geburtenrate. Schlimmstes Beispiel: In der ehemaligen DDR ist die Geburtenrate, die früher wegen der sozialen Geborgenheit sehr hoch war, nach der Wende in den Keller gestürzt.

Also: Wer soll den Generationenvertrag erfüllen, wenn es heute immer weniger Kinder gibt?

Da sind einige Beispiele. Es gibt sicher noch mehr. Aber sie alle besagen: Die Profitjagd der Konzerne gefährdet auch das Leben der Menschen im Alter. Die Konzernpolitik der Bundesregierung

stürzt heute schon, mehr noch in Zukunft, alte Menschen ins Elend.

Da hilft keine private Vorsorge, die nur die Versicherungskonzerne noch reicher und mächtiger macht.

Dahilft nur der Kampf um höhere Löhne und Gehälter, gegen Sozialabbau und schließlich um gesellschaftliche Änderungen, die das Leben lebenswert erhalten - für Junge und Alte gleichermaßen. Wenn Blüm meint, jung und alt sitzen im gleichen Boot, hat er recht: Sie müssen in der Tat gemeinsam rudern gegen die Konzerne, gegen die gnadenlose Profitpolitik, gegen die CDU/CSU/FDP und die unsoziale Politik ihrer Regierung, gegen Kohl und Blüm und alle, die mit ihnen im Boot der Konzerne sitzen.

Stimmt!

"Eine unglaubliche Herausforderung für die Arbeitnehmer und die DGB-Gewerkschaften und der größte politische Skandal, für den die SPD in der Nachkriegszeit mitverantwortlich ist." Mit diesen Worten kommentierte der Frankfurter DGB-Kreisvorsitzende Dieter Hooge den Bonner Kompromiß zur Pflegeversicherung. In einem "Offenen Brief" an den SPD-Bundesvorsitzenden Scharping sprach Hooge, der seit 30 Jahren Mitglied bei den Sozialdemokraten ist, von "einer instinktlosen Entlastung der Unternehmen. Er und "viele Kollegen" stellten sich seit Donnerstag die Frage, "ob diese Partei noch unsere politische Heimat sein kann". Scharping habe mit "Herrn Schäuble zusammen die Zerstörung des paritätisch finanzierten Sozialsystems der Bundesrepublik endgültig eingeleitet". (Aus: FR, 11.3.94, pch)

Ostermarsch '94

Ostern 1994 steht vor der Tür und damit unabweisbar die Antwort auf die Frage nach Osteraktivitäten der Friedensbewegung. Sind Ostermärsche noch zeitgemäß? Die Welt brennt an allen Ecken und Enden. Weitere lokale Kriege drohen. Die atomare Aufrüstung von immer mehr Staaten kann sich zu einer atomaren Weltkatastrophe auswachsen. Millionen Menschen befinden sich auf der Flucht vor Krieg, Terror oder Hunger. Militarisation, ökologische Krise, Massenarbeitslosigkeit, wachsende Verschuldung der Zweidrittelwelt sind Kennzeichen einer globalen Katastrophenpolitik.

Die Rüstungsexportregelungen der BRD sollen wieder gelockert werden, weltweite Bundeswehrein-sätze - auch wenn sie noch so sinnlos sind, wie z. B. in Somalia - tragen das Siegel "Deutscher Verantwortung" und "außenpolitischer Normalisierung".

Deutschland will seine Interessen in der Welt, so die offizielle Lesart, wieder mit militärischen Mitteln wahrnehmen.

Wie in der Außenpolitik, sind auch im Inneren keine Rezepte zur Überwindung der derzeitigen Krisenlage in Sicht. Unter der Parole "Wirtschaftsstandort Deutschland sichern", soll

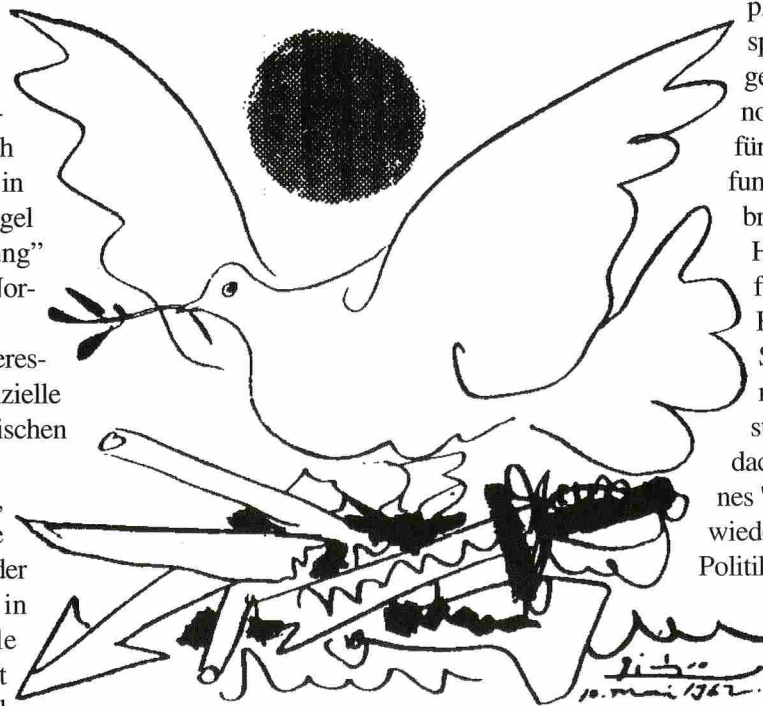
die Aufmerksamkeit von den wachsenden Arbeitslosenzahlen, von Preis und Gebührenerhöhungen sowie von der zunehmenden Verarmung in unserem Land abgelenkt werden. Die soziale Frage verschwindet hinter vorgeblich vorrangigen ökonomischen Interessen. Wirtschaft pur, unbelastet durch Zusätze wie ökologisch oder sozial. Der starke Staat soll gesellschaftliche Probleme vorrangig durch staatliche Gewalt lösen, innere Sicherheit so, daß die Wähler der Republikaner zustimmen können, wie es der Bundesinnenminister einmal ausdrückte.

Wir sind alles in allem sehr weit entfernt von der friedlichen, ökologisch intakten, sozialgerechten und solidarischen

Welt, die wir erstreben. Die wesentlichen Forderungen der Friedensbewegung sind nicht veraltet, sondern sind von erschreckender Aktualität.

Parteienverdrossenheit scheint noch nicht zur Politikverdrossenheit geführt zu haben. Nach neuesten Veröffentlichungen gab es niemals zuvor so viel politisch aktive Bürger, die sich in Initiativen zusammenschließen, um ihre Politik selbst zu machen. Gute Voraussetzungen für viele, den Frieden wieder zur eigenen Sache zu machen und dafür Ostern 1994 zu demonstrieren.

Abmarschpunkte in unserer Nähe sind Niederrad und Egelsbach. Die Abschlußkundgebung ist am Ostermontag um 13 Uhr auf dem Frankfurter Römerberg.



Lebensstandort wichtiger

Die Kampagne "Jäger 2000 stoppen - soziale Sicherheit schaffen" stellte in Frankfurt der Generalsekretär der katholischen Friedensbewegung "Pax Christi" vor. Dieses Motto setze der veralteten Vorstellung von militärischer Sicherheit das Bedürfnis der Menschen entgegen, ohne materielle Not in intakter Umwelt zu leben. Angesichts großer Haushaltskürzungen besonders im sozialen Bereich würden knapp 50 Milliarden Mark für Entwicklung und Produktion des Jägers vergeudet.

Zu Zeiten des Kalten Krieges hatten

Großbritannien, Italien, Spanien und Deutschland als modernes Jagdflugzeug den "Jäger 90" geplant. Später einigte man sich auf einen "abgespeckten" Eurojäger. Er soll statt ursprünglich veranschlagter 135 Millionen Mark pro Stück "nur" noch 90 Millionen kosten und weniger leisten. Pax-Christi-Präsident Bischof Hermann Josef Spital aus Trier sagte, seiner Kenntnis nach sei der neue Jäger nur rentabel, wenn 2000 davon gebaut würden. Da aber die Europäer nur 600 Maschinen brauchten, müßten die restlichen "praktisch in Länder der Dritten Welt" exportiert werden. Dort leide dann die Bevölkerung. Zu dem Argument der beteiligten Konzerne, der Flugzeugbau sichere Arbeits-

plätze, sagte Spital, das eingesparte Geld sollte für "dringend benötigte Umwelttechnologie - man könnte sagen für die Verteidigung der Schöpfung" - verwendet werden. Das bringe auch Stellen.

Herbert Nießen, Geschäftsführer der Arbeiterwohlfahrt Hessen-Süd, beklagte, daß Sozialpolitik zunehmend als nicht mehr bezahlbar hingestellt werde. Arbeits- und Obdachlosigkeit wüchsen. Statt eines "Jägers" gehöre der Mensch wieder in den Vordergrund der Politik.

Hajo Manderscheid, Direktor der Caritas Frankfurt, begründete, warum sich eine kommunale Organisation in Bundesangelegenheiten mischt: Die Gemeinden als Träger der Sozialhilfe müßten zunehmend für die nicht mehr über die Arbeitslosenkasse Abgesicherten zahlen. Deshalb seien Bündnisse über traditionelle Schranken hinweg nötig. Die Caritas schließe sich mit allen zusammen, denen die Qualität des "Lebensstandorts Deutschland" wichtiger als Rüstung sei.

Dem Bündnis haben sich unter anderen der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), die Ärzte gegen Atomkrieg (IPPNW), der Versöhnungsbund, die Gustav-Heinemann-Initiative und Gruppen beider christlicher Konfessionen angeschlossen.

LINKE RUNDE

Diskussionsforum der
DKP Mörfelden-Walldorf

Was Neues in unserer Stadt!

In unserer Stadt hat die kommunistische Arbeiterbewegung eine gute Tradition. Heute gibt es die Deutsche Kommunistische Partei - die ihre eigene Sicht der Dinge in die Tagespolitik einbringt.

Viele Themen würden ohne die DKP und ihre Stadtzeitung »blickpunkt« überhaupt nicht angesprochen.

Doch auch die Kommunisten haben viel zu diskutieren und aufzuarbeiten.

Dem wollen wir uns stellen. Im Diskussionsforum der DKP sollen aktuelle Themen und theoretische Fragen behandelt werden.

Alle Veranstaltungen sind öffentlich. Sie finden jeweils um 20 Uhr im Klubraum des Bürgerhauses Mörfelden statt.

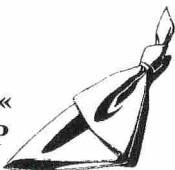
Wir brauchen offene Gespräche, lebendige und kontroverse Diskussionen.

Diskussion und Information, weiterdenken und weiterhandeln - ist unsere Devise.

Alle interessierten Bürgerinnen und Bürger sind herzlich eingeladen.

TERMIN VORMERKEN

18. Juni 1994
im Hof des
»Goldenen Apfel«
Grillfest der DKP



6. April 1994

»Holt uns die braune
Vergangenheit ein?«

Es spricht: Peter Gingold, Frankfurt

4. Mai 1994

»Hat der dritte Weltkrieg schon
begonnen?«

Es spricht: Dr. W. D. Gudopp, Frankfurt

1. Juni 1994

»Die Kommunisten in Europa«
Entwicklungen, Tendenzen,
Aussichten

Es spricht: Rolf Priemer, Sprecher der
DKP

29. Juni 1994

»Hitler war kein Betriebsunfall«
Lehren aus der Geschichte von der
Weimarer Republik bis heute

Buchlesung und Diskussion mit
Emil Carlebach, Frankfurt

13. Juli 1994

Die DKP und die
Bundestagswahlen

Es spricht: Axel Seiderer,
Sprecher der DKP Hessen

7. September 1994

»Geschichte, Geschichten, Zu-
kunftsgedanken«

Es spricht: Herbert Mies,
langjähriger Vorsitzender der DKP

5. Oktober 1994

»Cuba sí«
Ein Solidaritätsabend

2. November 1994

Der Flughafen wächst weiter -
wo ist das Ende der Fahnenstange?

Es sprechen: Rudi Hechler u.a.

Diskussionsthemen gibt es genug

Unser Land steckt in einer tiefen ökonomischen und politischen Krise.

Schon werden für das Jahr 2000 zehn Millionen Arbeitslose vorausgesagt.

Absoluter Reallohnabbau wurde durchgesetzt, tarifliche Zulagen werden gestrichen, betriebliche Vereinbarungen gekürzt oder ganz aufgehoben. Mit dem sogenannten »Standort Deutschland«-Argument wird im Land Angst erzeugt, werden Belegschaften und Gewerkschaften erpreßt.

Die Kommunen gehen langsam bankrott, es gibt Gebührenerhöhungen ohne Ende. Jugendliche, Frauen und alte Menschen sind von dieser Entwicklung besonders betroffen.

Das Grundgesetz wird gebrochen, damit die Bundeswehr weltweit eingesetzt werden kann.

CDU/CSU, FDP und SPD betreiben immer offensichtlicher eine große Koalition in Sachfragen.

Die Umwelt wird immer mehr zerstört, bei uns wuchert der Flughafen ins Umland.

Ausländerfeindlichkeit, Rassismus und Neonazismus werden stillschweigend geduldet und als Sündenböcke vorgeschoben, um von den wirklichen Ursachen der sozialen und politischen Mißstände abzulenken.

Sozialismus wird mit Faschismus gleichgesetzt - kommunistische Ideen und Organisationen werden verteufelt und diskreditiert. Die Entwicklung einer demokratischen, den arbeitenden Menschen dienende Politik soll verhindert werden.

Dem wollen wir entgegenwirken.

Weitere Diskussionen zu aktuellen Themen gibt es im Bürgerhaus Mörfelden, jeweils mittwochs um 20 Uhr, in den Mitgliederversammlungen der DKP.

Wer will, kann sich die Tage jetzt schon vormerken:

20. April 1994

18. Mai 1994

15. Juni 1994

27. Juli 1994

10. August 1994

24. August 1994

21. September 1994

19. Oktober 1994

30. November 1994

14. Dezember 1994

Gäste sind immer
herzlich willkommen.



Wie in jedem Jahr war die DKP am "Internationalen Frauentag" aktiv. Es wurden Flugblätter und Nelken verteilt. Eine gutbesuchte Frauentagsveranstaltung mit der Sängerin Sonja Gottlieb (unser Bild) knüpfte an bewährte Traditionen an.

Frauenbeauftragte

Laut § 4b der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) ist "die Verwirklichung des Verfassungsauftrages der Gleichberechtigung von Frau und Mann auch eine Aufgabe der Gemeinden. Durch die Einrichtung von Frauenbüros oder vergleichbaren Maßnahmen wird sichergestellt, daß die Verwirklichung dieses Auftrages auf der Gemeindeebene erfolgt." Bereits vor mehr als einem Jahr hat das Stadtparlament Mörfelden-Walldorf beschlossen, daß eine Frauenbeauftragte nach der HGO eingestellt wird. Im Nachtragshaushalt '93 wurde dann die Stelle für eine Frauenbeauftragte geschaffen. Als ersten Schritt hin zur Umsetzung des § 4b der Hessischen Gemeindeordnung wollte die DKP/OL-Fraktion für die Berufung einer Frauenbeauftragten eine parlamentarische Arbeitsgruppe bilden. Diese Arbeitsgruppe sollte Empfehlungen hinsichtlich der Aufgabenbereiche, Kompetenzen und Ausstattung der zukünftigen Frauenbeauftragten erarbeiten. Dieser Antrag wurde dann zu einem gemeinsamen Änderungsantrag der DKP/OL-Fraktion und der Fraktion Die Grünen umformuliert. Eine Magistratskommission sollte demnach die Einrichtung eines Frauenbüros in Mörfelden-Walldorf planen. Leider fand auch dieser Antrag

ohne Änderung im Stadtparlament keine Mehrheit. Einstimmig beschlossen wurde dann, "für die Einstellung einer Frauenbeauftragten eine Magistratskommission zu bilden. Die Magistratskommission hat die Aufgabe, ein Anforderungsprofil für die Einstellung einer Frauenbeauftragten zu entwickeln."

Der Magistrat hat bereits die weiblichen Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung und des Magistrats in die Kommission berufen. Zwischenzeitlich wurden 22 weitere Organisationen (örtliche Frauengruppen, soziale und kirchliche Einrichtungen) angeschrieben, um ihre Vertreterinnen für die Frauenkommission zu benennen.

Die erste Sitzung der Kommission findet nun in Kürze statt. Der Frauenkommission ist für ihre Arbeit viel Glück zu wünschen und es bleibt zu hoffen, daß eine Frauenbeauftragte bald eingestellt wird.

HF

Illegale Kleingärtner?

Die Verwaltung scheint ein neues Betätigungsfeld entdeckt zu haben, um sich beim Bürger unbeliebt zu machen. Kleingärten, Freizeitgelände, ja Grünkolonien sind in den letzten Jahren in der Gemarkung entstanden. Sie sind Ausdruck von mehr Freizeit, von geändertem Freizeitverhalten, der Flucht aus Betonburgen, zu engen Wohnungen etc., der Flucht aus der teuer gewordenen Freizeitindustrie. Zurück zur Natur, selbst und biologisch angebautem Obst oder Gemüse... Oft sehen die Freizeitanlagen unschön aus. Manches "Bauwerk" ist überdimensioniert, aus altem Material/Abfall zusammengezimmert, zeugt von geringem handwerklichem Geschick. Doch darüber zu urteilen, was schön und harmonisch ist und was häßlich und störend, das ist nicht Inhalt dieser Zeilen. Dieser "Wildwuchs", wie er vom Kreis Ausschuß bezeichnet wird, soll jetzt rigoros beseitigt werden. Nach der Ermittlung der Grundstückseigentümer fällt dieser Tage der Startschuß zur Beseitigung der "Illegalen". Am Ende steht die Abbruchverfügung. Eine Mitschuld muß man allerdings der Stadtverwaltung machen. Seit Jahren ist das Problem bekannt und erkannt. Anträge zur Ausweisung von Kleingartengelände wurden jedes Jahr gestellt. Wie in so vielen Fällen schlummern die Akten in irgendwelchen Schubladen. Nun soll durch Bebauungspläne die Sache auf Trab gebracht werden, doch das wird bis zur Planfeststellung dauern. Um unnötigen Ärger zu vermeiden, könnte es doch nur so sein, daß Kleingartengelände ausgewiesen und erschlossen wird, und dann den "Illegalen" das Angebot zum Umzug gemacht wird.

RD

Immer noch: Frauenlöhne sind deutlich niedriger

1990 betrug das Durchschnittsgehalt von Männern pro Jahr in den alten Bundesländern 59.000 Mark das Bruttogehalt von Frauen erreichte im Schnitt nur 42.000 Mark. Statistisch lagen mit gut 36 Prozent die meisten Arbeitnehmerinnen in der Gehaltsklasse zwischen 24.000 und 36.000 Mark. Die Männer hingegen waren mit 31 Prozent am stärksten in der Gehaltsklasse zwischen 36.000 und 38.000 Mark vertreten. Mehr als 60.000 Mark fanden zehn Prozent der Frauen, aber 34 Prozent der Männer auf ihren Gehaltsabrechnungen.

Gigantomanie

Viel wird gesprochen über die "Entmenschlichung" der Städte. Beton und Asphalt dehnen sich aus, Grün muß weichen. Verdichtung der Bebauung, für die einen als Lösung des Lebens und Wohnens auf engem Raum begrüßt, von anderen als Horror und Quelle von sozialen Problemen beschrieben. Ein Beispiel liefert die Stadtverwaltung auf dem Allendeplatz im Stadtteil Mörfelden. In den 60er Jahren als Grünfläche ausgewiesen, wurde ein Teil des Areals einem Geschäftsmann verkauft zur Errichtung eines Lebensmittelgeschäftes. Der "Spar-Markt" bestand 20 Jahre. Dann wurde das Gebäude verkauft an einen "Anleger" aus Bad Homburg. Diesem schwebt Großes vor.

Neben einem SB-Markt soll eine Gaststätte, Café, 3 Läden, Büros und über 20 Wohnungen in einem 4 Geschosse zählenden Haus von 27 m Breite und über 53 m Länge Platz haben.

Aufgeschreckt durch den Verkauf von "Spar" und den Bauabsichten, faßte das Stadtparlament einen Bebauungsplanaufstellungsbeschuß für dieses Grundstück; das war Ende 1990. Gleichzeitig wurde eine Veränderungssperre ausgesprochen. Ein Bebauungsplan liegt bis heute noch nicht mal im Entwurf vor, doch der Abriß des Gebäudes durfte im Sept. 1991 stattfinden. Gegen den Bauplan, der im Febr. 1992 genehmigt wurde, erhoben die Anwohner Einspruch. Begründung: Beschattung durch 4geschossige Bebauung, Baugrenze, Tiefgaragenzufahrt, Belieferungsverkehr, Parkplatzfrage... Der Widerspruchsausschuß des Kreises entschied: Bauherr, Bauamt und Anwohner sollen sich um einen Kompromiß bemühen. Sodann war der Bauherr bereit, sich im Nov. 1992 mit den Anwohnern zu treffen, und ein Kompromiß wurde gefunden. Der Baubeginn verzögerte sich, weil geplanter Büroraum in Wohnraum umgewandelt werden sollte. Im Sept. 1993 äußerte der Bauherr, daß noch in diesem Jahr Baubeginn sei. Das Jahr verging, man spekulierte bereits, ob das Gelände evtl. weiterveräußert sei. Nun kommt eine neue Runde. Das Gebäude ist zu klein, soll um 12,50 m verlängert werden. "Ein Markt muß mindestens

700 bis 900 qm haben," sonst "rechnet es sich nicht". Es geht vordergründig um die Versorgung der Anwohner mit "Gütern des täglichen Bedarfs", um einen "wichtigen Beitrag zur Infrastruktur". Diesen Argumenten schlossen sich auch die Stadtoberen einschl. Bürgermeister an. Eiligst müssen die Parlamentarier jetzt beschließen, denn schließlich ist das Gelände "in einem desolaten Zustand" und die Menschen brauchen "dringend" einen Lebensmittelmarkt. Da werden dann auf so Kleinigkeiten wie fehlende Parkplätze, Reduzierung von Grün oder Verschattung von Nachbargrundstücken keine Rücksicht genommen. Da ist man auch gleich dabei, den bösen Nachbarn, die nur egoistisch an ihr Eigeninteresse denken, den schwarzen Peter zuzuschieben. RD

Illusionen

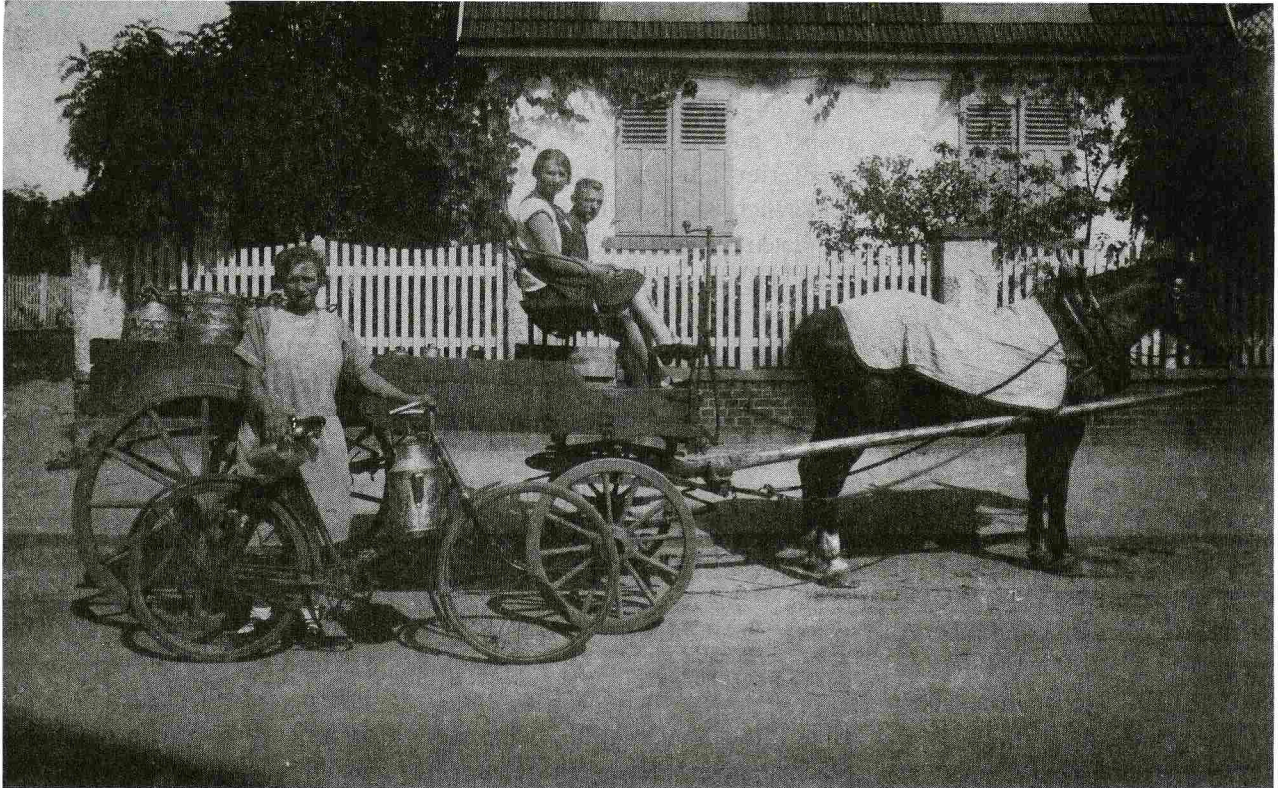
Über 15000 Mark entschied jüngst das Stadtparlament. Sie werden in einen gemeinsamen Topfeiner Interessengemeinschaft eingezahlt, dem Kreis und Riedbahn anliegerkommunen angehören. Mit diesem Geld sollen Voruntersuchungen durchgeführt werden zur Ermittlung der Fahrgastzahlen, der Rentabilität, der Kundenwünsche etc.

Dabei hatte man am 1. 12. 1992 - sicher im Zuge des Kommunalwahlkampfes - die Fahrgäste der Bundesbahn befragt. Erst ein Jahr später lag das Ergebnis auf dem Tisch. Es brachte wenig Neues. Die Beteiligung an der Befragung sagt nicht unbedingt etwa über die Fahrgastzahlen aus. Genauer wären die Fahrkartenzahlen gewesen. Wichtiger für uns waren die Aussagen über die Situation des Zugmaterials, der Bahnhöfe, der Fahrrad- und Autoabstellplätze, die Pünktlichkeit bzw. Unpünktlichkeit der Bahn, das Serviceangebot - damit sind die Schalteröffnungszeiten, Auskunft, Fahrpläne, Gepäckaufgabe etc. gemeint -, über fehlende Toiletten und Warteraum an Wochenenden, über niedrige Bahnsteige, Unsauberkeit usw. Aber darüber haben wir schon öfter geschrieben.

Und da man nun Nägel mit Köpfen machen will, und weil man etwas zur Beschleunigung der Verfahren tun will,

soll eine Voruntersuchung gestartet werden, die nochmals zählt und berechnet, auflistet und dokumentiert. Dann beginnen die eigentlichen Untersuchungen, die Bedarfsermittlung, die Wirtschaftlichkeitsberechnung. Und dann wird es ruck, zuck gehen. Bei der Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplanes im Jahre 1997 oder 1998 sind wir mit der S13 dabei. Das fordert man vom Verkehrsministerium schon heute. Zur Jahrtausendwende, so darf man spekulieren, kann mit dem eigentlichen Planfeststellungsverfahren beginnen. Bis dahin muß aber die Diskussion um die IC-Strecke zum Abschluß gekommen sein. Rechnet man nur zehn Jahre fürs Planfeststellungsverfahren, so kann günstigstenfalls im Jahre 2010 die Strecke ausgebaut werden. Kann man ob dieser Zeitspannen nicht zu Sarkasmus neigen? Fazit: Die Bahn wird auch in Zukunft hinterherfahren, hinter den Erfordernissen und hinter den Möglichkeiten. Wer glaubt, die Weichen für eine bahnfremde Zukunft seien gestellt, der irrt. Die Äußerungen über den integralen Taktfahrplan, den Regionalexpreß, die Entflechtung von Nah- und Fernverkehr, der Neugründung eines weiteren Verkehrsverbundes sind nichts, als das Ablassen heißer Luft. Noch ein Plan, noch eine Kommission, noch ein Zweckverband oder Verbund und noch mehr verzögert sich der Ausbau. Zwischenzeitlich wird die Bahn noch mehr an Komfort und Sicherheit verlieren. Im letzten "blickpunkt" hatten wir geschrieben, daß es auch heute schon Verbesserungen geben könnte. Es wäre machbar, statt des heutigen Wagenmaterials S-Bahn-Züge einzusetzen. Sie sind bedeutend schneller. Beim Aus- und Einsteigen, beim Anfahren und Bremsen könnten gut drei Minuten pro Halt eingespart werden. Diese Zeiteinsparung könnte für einen verbesserten Takt genutzt werden. Auch könnten etliche S-Bahnen nur bis Sportfeld gehen. Für viele Bahnbenutzer ist es doch egal, ob sie in Sportfeld oder im Hauptbahnhof umsteigen. Mit diesem verbesserten Taktverkehr wäre aber ein großer Schritt zur besseren Anbindung an den Flughafen getan. Der letzte Absatz ist als Anregung für die künftige Diskussion gedacht, und Diskussionen wird es noch viele geben. RD

Stadtgeschichten



Mit diesem Gefährt wurde in den 20er und 30er Jahren in Mörfelden die Milch in die Haushalte gebracht. Zunächst stand die weiße Fracht noch in Kannen auf dem Wagen, aber die Verteilerin per Fahrrad steht schon zum Nachfassen bereit. Manches Milchmädchen hatte an ihrem Lenker bis zu 40 Liter Milch hängen, zuzüglich zweier Meßgefäße (Schoppen- und Literblech). Service für die einen und Plage für die anderen. So mancher spätere Bandscheibenschaden hatte sicher auch etwas mit dem Heben und Tragen dieser schweren Kannen zu tun. Der Liter Milch kostete noch 24 Pfennige und wenn es gut ging, fiel für das Milchmädchen, vor Weihnachten, in dem einen oder anderen Haus auch mal ein Groschen ab.

Die Milchlieferanten in Mörfelden waren Luise Kemmler ("Milchluwis") und Peter Gernandt ("Milchpeter"). Das Bild entstand im Jahre 1932 in der Westendstraße, Ecke Elisabethenstraße. Auf dem Wagen sitzend Dina Erhard und Georg Müller, die Frau mit dem Fahrrad war Margarethe Müller.

GERD WOLLSCHON

Zweideutig

Dem Arbeiter
geht es immer besser

Früher
ging er zu Fuß zur Arbeit

Dann mit dem Fahrrad
dann mit dem Moped
dann mit dem Auto

Und jetzt -
jetzt fliegt er!

Shopping in New York

31.03.-03.04. 5tägige Städtetour in das Einkaufs-
paradies "Big Apple", Übernachtung
im Hotel RAMADA SQUARE GARDEN (+ DM 45.- Tax) 3 ÜB/ÜF

1498.-

Ende Februar gab's diese nette Anzeige im "Blitz-Tip" "Shopping in New York". Ziemlicher Irrsinn so was, denkt man - aber Realität. Realität auch folgende Meldung: "In Detroit werden Auto-Kotflügel produziert, per Luftfracht nach Frankfurt gebracht und von

hier per Lkw über die Alpen nach Mailand zur Endmontage transportiert."

Für all diesen Schwachsinn soll der Flughafen weiter wachsen, Cargo-City-Süd" gebaut und erneut 22 Hektar Wald zerstört werden.